



Verfassungsgerichtshof

Entscheid Nr. 96/2022
vom 14. Juli 2022
Geschäftsverzeichnissrn. 7350 und 7351

In Sachen: Klagen auf teilweise Nichtigerklärung des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 « zur Abänderung des Grundschuldekrets vom 25. Februar 1997, des Kodex des Sekundarunterrichts vom 17. Dezember 2010 und der Kodifizierung gewisser Bestimmungen für das Unterrichtswesen vom 28. Oktober 2016, was die Einschreibungsgebühr betrifft », erhoben vom Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission und von der Regierung der Französischen Gemeinschaft.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus dem vorsitzenden Richter J.-P. Moerman, dem Präsidenten L. Lavrysen, den Richtern T. Giet, J. Moerman, M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne, D. Pieters und E. Bribosia, und der emeritierten Richterin R. Leysen gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Richters J.-P. Moerman,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Klagen und Verfahren

a. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 24. Januar 2020 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 27. Januar 2020 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob das Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission, unterstützt und vertreten durch RA M. Nihoul, in Wallonisch-Brabant zugelassen, Klage auf Nichtigerklärung der Artikel II.48, V.18, VI.18 und VI.19 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 « zur Abänderung des Grundschuldekrets vom 25. Februar 1997, des Kodex des Sekundarunterrichts vom 17. Dezember 2010 und der Kodifizierung gewisser Bestimmungen für das Unterrichtswesen vom 28. Oktober 2016, was die Einschreibungsgebühr betrifft » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 26. Juli 2019).

b. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 24. Januar 2020 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 27. Januar 2020 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob die Regierung der Französischen Gemeinschaft, unterstützt und vertreten durch RA F. Tulkens, in Brüssel zugelassen, Klage auf Nichtigerklärung der Artikel II.48, III.55, V.18, VI.18 und VI.19 desselben Dekrets.

Diese unter den Nummern 7350 und 7351 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

Schriftsätze und Gegenerwiderungsschriftsätze wurden eingereicht von

- der Regierung der Französischen Gemeinschaft, unterstützt und vertreten durch RA F. Tulkens (Rechtssache Nr. 7350),

- der Flämischen Regierung, unterstützt und vertreten durch RA B. Martel, RA K. Caluwaert und RA T. Moonen, in Brüssel zugelassen.

Die klagenden Parteien haben Erwiderungsschriftsätze eingereicht.

Durch Anordnung vom 15. Dezember 2021 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter T. Detienne und D. Pieters beschlossen,

- dass die Rechtssachen verhandlungsreif sind,

- die Parteien aufzufordern, dem Gerichtshof in einem spätestens am 28. Januar 2022 einzureichenden Ergänzungsschriftsatz, den sie innerhalb derselben Frist austauschen, die folgenden Angaben bezüglich der Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 mitzuteilen:

. Anzahl der verfügbaren Plätze jeweils in den niederländischsprachigen und in den französischsprachigen Grundschulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt;

. Anzahl der verfügbaren Plätze jeweils in den niederländischsprachigen und in den französischsprachigen Sekundarschulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt;

. Familiensprache der Schüler jeweils im niederländischsprachigen Grundschulunterricht und im französischsprachigen Grundschulunterricht des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt;

. Familiensprache der Schüler jeweils im niederländischsprachigen Sekundarunterricht und im französischsprachigen Sekundarunterricht des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt;

. Übersicht über die Anzahl der Voreinschreibungen jeweils in den niederländischsprachigen und in den französischsprachigen Grundschulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt;

. Übersicht über die Anzahl der Voreinschreibungen jeweils in den niederländischsprachigen und in den französischsprachigen Sekundarschulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt;

. Anzahl der Schüler jeweils im niederländischsprachigen und im französischsprachigen Grundschulunterricht des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt, bei denen keiner der Elternteile die Unterrichtssprache ausreichend beherrscht;

. Anzahl der Schüler jeweils im niederländischsprachigen und im französischsprachigen Sekundarunterricht des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt, bei denen keiner der Elternteile die Unterrichtssprache ausreichend beherrscht;

. in welcher Region die in der dritten, vierten, siebten und achten Frage erwähnten Schüler wohnen;

- die Flämische Regierung zu bitten, bei der Übermittlung der gewünschten Angaben die folgenden Kategorien zu unterscheiden:

. « homogen niederländischsprachig »: beide Elternteile des Schülers sind niederländischsprachig;

. « mehrsprachig »: nur ein Elternteil ist niederländischsprachig;

. « homogen französischsprachig »: beide Elternteile sind französischsprachig;

. « homogen anderssprachig »: die Eltern sprechen Französisch und eine andere Sprache als Niederländisch oder sprechen weder Französisch noch Niederländisch.

Unter « niederländischsprachig » versteht man jemand, « der Niederländisch in ausreichendem Maße beherrscht », in der Weise, die in Artikel 37/58 § 2 des Grundschuldekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 25. Februar 1997 und in Artikel 253/44 § 2 des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts angegeben ist;

- das Vereinigte Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission und die Regierung der Französischen Gemeinschaft zu bitten, bei der Übermittlung der gewünschten Angaben, die folgenden Kategorien zu unterscheiden:

. « homogen französischsprachig »: beide Elternteile des Schülers sind französischsprachig;

. « mehrsprachig »: nur ein Elternteil ist französischsprachig;

. « homogen niederländischsprachig »: beide Elternteile sind niederländischsprachig;

. « homogen anderssprachig »: die Eltern sprechen Niederländisch und eine andere Sprache als Französisch oder sprechen weder Französisch noch Niederländisch,

- den Sitzungstermin auf den 2. Februar 2022 anzuberaumen.

Ergänzungsschriftsätze wurden eingereicht von

- den klagenden Parteien,

- der Flämischen Regierung.

Auf der öffentlichen Sitzung vom 2. Februar 2022

- erschienen

. RA M. Nihoul, für die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 7350,

. RA F. Tulkens, für die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 7351 (intervenierende Partei in der Rechtssache Nr. 7350),

. RA B. Martel und RA K. Caluwaert, ebenfalls *loco* RA T. Moonen, für die Flämische Regierung,

- haben die referierenden Richter T. Detienne und D. Pieters Bericht erstattet,

- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,

- wurden die Rechtssachen zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

In Bezug auf die angefochtenen Bestimmungen und deren Kontext

B.1. Die vom Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission und von der Regierung der Französischen Gemeinschaft angefochtenen Bestimmungen sind Bestandteil der für die Einschreibungen im niederländischsprachigen Grundschulunterricht und Sekundarunterricht im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt geltenden Vorrangsregeln.

B.2.1. Artikel II.48 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 « zur Abänderung des Grundschuldekrets vom 25. Februar 1997, des Kodex des Sekundarunterrichts vom 17. Dezember 2010 und der Kodifizierung gewisser Bestimmungen für das Unterrichtswesen vom 28. Oktober 2016, was die Einschreibungsgebühr betrifft » (nachstehend: Dekret vom 17. Mai 1997) fügt in das Grundschuldekret der Flämischen Gemeinschaft vom 25. Februar 1997 (nachstehend: Dekret vom 25. Februar 1997) in Kapitel IV/2 (« Recht auf eine Einschreibung im Sondergrundschulunterricht »), eingefügt

durch Artikel II.40 des Dekrets vom 17. Mai 2019, einen Artikel 37/40 ein. Dieser Artikel bestimmt:

« Art. 37/40. § 1er. L'autorité scolaire classe en tête de liste les élèves préinscrits au cours de la période de préinscription, telle que prévue à l'article 37/39, qui appartiennent aux groupes prioritaires suivants, tout en respectant l'ordre suivant :

1° les élèves qui appartiennent à la même unité de vie qu'un élève déjà inscrit;

2° les élèves ayant un parent qui est membre du personnel de l'école ou des écoles qui optent pour la continuation des inscriptions d'une école à l'autre sur la base de l'article 37/36, à condition qu'il soit question, au moment de l'inscription, d'une occupation actuelle de plus de 104 jours. Par membre du personnel, il faut entendre :

a) un membre du personnel, tel que visé à l'article 2 du décret du 27 mars 1991 relatif au statut de certains membres du personnel de l'enseignement communautaire et à l'article 4 du décret du 27 mars 1991 relatif au statut de certains membres du personnel de l'enseignement subventionné et des centres subventionnés d'encadrement des élèves, pour autant qu'ils ont été affectés à ou désignés dans l'école;

b) un membre du personnel qui a été engagé via un contrat de travail par une autorité scolaire et qui est mis à l'emploi dans l'école;

3° pour les écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale, et jusqu'à concurrence de 65 % de la capacité du niveau concerné, telle que visée à l'article 37/37, les élèves dont au moins un parent maîtrise suffisamment le néerlandais, comme visé à l'article 37/58;

4° une autorité scolaire peut pour ses écoles donner la priorité à des élèves qui, au plus tard au moment de la fréquentation effective des cours, séjournent ou font usage de cet internat ou semi-internat à concurrence de maximum 50 pour cent de la capacité du niveau concerné, telle que visée à l'article 37/39, § 2. Par internat ou semi-internat, on entend :

a) les internats, tels que visés dans la partie III, chapitre 4, section 1re, sous-section 2 du décret du 28 octobre 2016 portant codification de certaines dispositions relatives à l'enseignement;

b) les internats à ouverture permanente, visés au chapitre 6 de la même codification;

c) les semi-internats, tels que visés à l'arrêté royal du 21 août 1978 portant organisation des semi-internats dans l'enseignement spécial de l'Etat et déterminant les normes du personnel;

d) les centres multifonctionnels, tels que visés dans l'arrêté du Gouvernement flamand du 26 février 2016 portant agrément et subventionnement de centres multifonctionnels pour personnes handicapées mineures, en ce qui concerne les fonctions de soins de jour, de séjour, de diagnostic ou de traitement intensif.

Si la capacité, visée à l'article 37/37, alinéa 1er, ou à l'article 37/41, § 4, a déjà été atteinte au sein des groupes prioritaires susmentionnés, les élèves du groupe prioritaire concerné sont classés sur la base de la distance entre l'adresse de domicile de l'élève et l'école ou l'implantation.

Si la capacité visée à l'article 37/37, alinéa 1er, ou à l'article 37/41, § 4, a été atteinte parmi les autres élèves préinscrits, les élèves concernés sont classés sur la base de la distance entre le domicile de l'élève et l'école ou l'implantation.

§ 2. Si plusieurs écoles ou implantations font des préinscriptions conjointes, les élèves préinscrits sont affectés à l'école ou à l'implantation du choix le plus préféré spécifié par les parents au moment de la préinscription, au sein de laquelle l'élève a reçu un classement favorable. L'élève est supprimé de la liste d'élèves préinscrits dans les écoles ou implantations classées plus bas sur sa liste de préférence.

Le Gouvernement flamand peut mettre des moyens à disposition pour des procédures de préinscription conjointes dans les limites des crédits budgétaires disponibles ».

B.2.2. Artikel III.55 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019, dessen Nichtigerklärung nur von der Französischen Gemeinschaft beantragt wird, fügt in Teil V des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts (« Spezifische Bestimmungen zum Sondersekundarunterricht »), das heißt in Unterabschnitt 3 (« Organisation der Einschreibungen »), eingefügt durch Artikel III.51 des vorerwähnten Dekrets vom 17. Mai 2019, einen Artikel 295/8 ein. Dieser Artikel bestimmt:

« Art. 295/8. § 1er. L'autorité scolaire classe en tête de liste les élèves préinscrits au cours de la période de préinscription, telle que prévue à l'article 295/7, qui appartiennent aux groupes prioritaires suivants, tout en respectant l'ordre suivant :

1° les élèves qui appartiennent à la même unité de vie qu'un élève déjà inscrit;

2° les élèves ayant un parent qui est membre du personnel de l'école ou des écoles qui assurent la continuité des inscriptions de l'une école à l'autre sur la base de l'article 295/3, à condition qu'il soit question, au moment de l'inscription, d'une occupation en cours de plus de 104 jours. Par membre du personnel, il faut entendre :

a) un membre du personnel, tel que visé à l'article 2 du décret du 27 mars 1991 relatif au statut de certains membres du personnel de l'enseignement communautaire et à l'article 4 du décret du 27 mars 1991 relatif au statut de certains membres du personnel de l'enseignement subventionné et des centres subventionnés d'encadrement des élèves, pour autant qu'ils ont été affectés à ou désignés dans l'école;

b) un membre du personnel qui a été engagé via un contrat de travail par une autorité scolaire et qui est mis à l'emploi dans l'école;

3° pour les écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale, et jusqu'à concurrence de 65 pour cent de la capacité du niveau concerné, telle que visée à l'article 295/5, alinéa premier, les élèves dont au moins un parent maîtrise suffisamment le néerlandais, conformément à l'article 253/46;

4° une autorité scolaire peut réserver un maximum de 50 pour cent de la capacité du niveau concerné, telle que visée à l'article 295/5, alinéa premier, aux élèves qui, au plus tard au moment de la fréquentation effective des cours, résident ou font appel à cet internat ou semi-internat. Par internat ou semi-internat, on entend :

a) les internats, tels que visés dans la partie III, chapitre 4, section 1re, sous-section 2 du décret du 28 octobre 2016 portant codification de certaines dispositions relatives à l'enseignement;

b) les internats à ouverture permanente, visés au chapitre 6 de la même codification;

c) les semi-internats, tels que visés à l'arrêté royal du 21 août 1978 portant organisation des semi-internats dans l'enseignement spécial de l'Etat et déterminant les normes du personnel ;

d) les centres multifonctionnels, tels que définis dans l'arrêté du Gouvernement flamand du 26 février 2016 portant agrément et subventionnement de centres multifonctionnels pour personnes handicapées mineures, en ce qui concerne les fonctions de soins de jour, de séjour, de diagnostic ou de traitement intensif.

Si la capacité mentionnée à l'article 295/5, alinéa premier, ou à l'article 295/9, § 4, a déjà été atteinte au sein des groupes prioritaires mentionnés ci-dessus, les élèves du groupe prioritaire concerné sont classés en fonction de la distance entre le domicile de l'élève et l'école ou l'implantation.

Si la capacité, visée à l'article 295/5, alinéa 1er, ou à l'article 295/9, § 4, a été atteinte dans le groupe des autres élèves préinscrits, les élèves concernés sont classés en fonction de la distance entre le domicile de l'élève et l'école ou l'implantation.

§ 2. Si plusieurs écoles ou implantations adoptent une procédure conjointe de préinscription, les élèves préinscrits sont affectés à l'école ou à l'implantation du choix le plus élevé spécifié par les personnes concernées au moment de la préinscription, pour laquelle l'élève a obtenu un classement favorable. L'élève est supprimé de la liste d'élèves préinscrits dans les écoles ou implantations classées plus bas sur sa liste de préférence.

Le Gouvernement flamand peut dans les limites des crédits budgétaires disponibles mettre à disposition des moyens pour des procédures conjointes de préinscription ».

B.2.3. Artikel V.18 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 fügt in das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 25. Februar 1997 in Kapitel IV/3 (« Recht auf Einschreibung im Regelunterricht für die Schulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt »), eingefügt durch Artikel V.1 des vorerwähnten Dekrets vom 17. Mai 2019, einen Artikel 37/58 ein. Dieser Artikel bestimmt:

« Art. 37/58. § 1er. Sans préjudice de l'application de l'article 37/59, les autorités scolaires donnent, pour ce qui est de leurs écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale, priorité aux élèves ayant au moins un parent, tel que visé à l'article 3, 41°, qui maîtrise suffisamment le néerlandais.

§ 2. Pour pouvoir bénéficier du régime prioritaire visé au paragraphe 1er, le parent démontre d'une des manières suivantes qu'il maîtrise suffisamment le néerlandais :

1° en produisant au moins le diplôme en langue néerlandaise de l'enseignement secondaire ou un titre en langue néerlandaise équivalent;

2° en produisant le certificat en langue néerlandaise de la deuxième année d'études du troisième degré de l'enseignement secondaire ou un titre en langue néerlandaise équivalent;

3° en produisant la preuve qu'il maîtrise le néerlandais au moins au niveau B1 du Cadre européen commun de référence pour les Langues. Cette preuve peut être fournie sur la base d'une des pièces suivantes :

a) un titre de l'enseignement agréé, financé ou subventionné par la Communauté ou un titre en langue néerlandaise équivalent, démontrant le niveau requis de la connaissance du néerlandais;

b) une attestation de fixation du niveau, effectuée par une ' Huis van het Nederlands ' (Maison du néerlandais), démontrant le niveau requis de la connaissance du néerlandais;

c) la production de la preuve d'une connaissance au moins suffisante du néerlandais obtenue après un examen linguistique auprès du Bureau de sélection de l'Administration fédérale;

4° la production de la preuve que l'élève a suivi les cours de l'enseignement primaire et secondaire en langue néerlandaise comme élève régulier pendant 9 ans. Ceci se fait sur la base d'attestations délivrées à cet effet par les autorités scolaires concernées.

§ 3. Les autorités scolaires fixent pour leurs écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale le nombre d'élèves envisagé pour l'inscription par priorité d'élèves ayant au moins un parent, tel que visé à l'article 3, 41°, qui maîtrise suffisamment le néerlandais.

Ce nombre doit permettre l'acquisition ou le maintien de 65 % d'élèves dans l'école ayant au moins un parent, tel que visé à l'article 3, 41°, qui maîtrise suffisamment le néerlandais.

Le nombre d'élèves, visé au premier alinéa, est déterminé par une autorité scolaire pour chaque capacité déterminée par l'autorité scolaire conformément à l'article 37/55, § 1er.

La LOP communique les nombres qui ont été établis à tous les intéressés.

Un élève déjà inscrit ou un élève qui appartient à la même unité de vie qu'un élève déjà inscrit qui, sur la base de la réglementation en vigueur au moment de son inscription, était considéré comme un élève dont la langue de famille est le néerlandais, peut être considéré comme étant un élève ayant au moins un parent qui maîtrise suffisamment le néerlandais,

comme visé au paragraphe 1er. Un élève déjà inscrit ou un élève appartenant à la même unité de vie qu'un élève déjà inscrit qui, sur la base de la réglementation en vigueur au moment de son inscription, était considéré comme un élève dont au moins un parent maîtrise suffisamment le néerlandais, est considéré comme un élève ayant au moins un parent, tel que visé au paragraphe 1er.

§ 4. Les élèves qui, outre la condition visée au paragraphe 2, satisfont également à un ou plusieurs des indicateurs visés à l'article 37/60, ne sont pas pris en compte pour l'atteinte du nombre, visé au paragraphe 3. Ces élèves sont inscrits jusqu'à ce que le contingent réservé aux élèves satisfaisant à un ou plusieurs des indicateurs visés à l'article 37/60, § 3, soit atteint ».

B.2.4. Artikel VI.18 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 fügt in Teil IV des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts (« Spezifische Bestimmungen zum Regelsekundarunterricht in Vollzeit »), das heißt in Abschnitt 3 (« Organisation der Einschreibungen »), eingefügt durch Artikel VI.10 des vorerwähnten Dekrets vom 17. Mai 2019, einen Artikel 253/44 ein, der bestimmt:

« Art. 253/44. § 1er. Une autorité scolaire donne, le cas échéant sans préjudice de l'application de l'article 253/43, pour ses écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale, priorité aux élèves ayant au moins un parent qui maîtrise suffisamment le néerlandais.

§ 2. Pour pouvoir bénéficier du régime prioritaire visé au paragraphe 1er, le parent démontre d'une des manières suivantes qu'il maîtrise suffisamment le néerlandais :

1° en produisant au moins le diplôme en langue néerlandaise de l'enseignement secondaire ou un titre en langue néerlandaise équivalent;

2° en produisant le certificat en langue néerlandaise de la deuxième année d'études du troisième degré de l'enseignement secondaire ou un titre en langue néerlandaise équivalent;

3° en produisant la preuve qu'il maîtrise le néerlandais au moins au niveau B2 du Cadre européen commun de référence pour les Langues. Cette preuve peut être fournie sur la base d'une des pièces suivantes :

a) un titre de l'enseignement agréé, financé ou subventionné par la Communauté flamande ou un titre en langue néerlandaise équivalent, démontrant le niveau requis de la connaissance du néerlandais;

b) une attestation de fixation du niveau, effectuée par une ' Huis van het Nederlands ' (Maison du néerlandais), démontrant le niveau requis de la connaissance du néerlandais;

c) la production de la preuve d'une connaissance au moins suffisante du néerlandais obtenue après un examen linguistique auprès du Bureau de sélection de l'Administration fédérale;

4° en produisant la preuve qu'il a suivi, pendant neuf ans, comme élève régulier, les cours de l'enseignement primaire et secondaire en langue néerlandaise. Ceci se fait sur la base d'attestations délivrées à cet effet par les autorités scolaires concernées.

§ 3. Une autorité scolaire fixe pour ses écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale le nombre d'élèves envisagé pour l'inscription par priorité d'élèves ayant au moins un parent qui maîtrise suffisamment le néerlandais.

Le nombre d'élèves mentionné à l'alinéa premier doit être axé sur l'acquisition ou le maintien de 65 % d'élèves dans l'école ayant au moins un parent qui maîtrise suffisamment le néerlandais.

Le nombre d'élèves, visé à l'alinéa premier peut être fixé par une autorité scolaire jusqu'aux niveaux visés à l'article 253/42.

Un élève déjà inscrit ou un élève qui appartient à la même unité de vie qu'un élève déjà inscrit qui, sur la base de la réglementation en vigueur au moment de son inscription, était considéré comme un élève dont le néerlandais est la langue de la famille, peut être considéré comme un élève ayant au moins un parent qui maîtrise suffisamment le néerlandais, tel que visé au paragraphe 1er ».

B.2.5. Artikel VI.19 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 fügt in Teil IV des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts (« Spezifische Bestimmungen zum Regelsekundarunterricht in Vollzeit »), das heißt in Abschnitt 3 (« Organisation der Einschreibungen »), eingefügt durch Artikel VI.10 des vorerwähnten Dekrets vom 17. Mai 2019, einen Artikel 253/45 ein, der bestimmt:

« Art. 253/45. § 1er. Pour les préinscriptions pour des inscriptions dans l'année scolaire 2020-2021 au plus tard, et sans préjudice de l'application des articles 253/43 et 253/44, une autorité scolaire donne la priorité aux élèves ayant accompli au moins 9 ans d'enseignement primaire [lire : fondamental] en néerlandais pour ses écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale.

Un élève qui fait appel au groupe prioritaire visé à l'article 253/44 ne peut pas se servir de la priorité, visée au présent article.

§ 2. Le Gouvernement flamand détermine la manière dont l'élève peut prouver qu'il satisfait aux critères de ce groupe prioritaire.

§ 3. Une autorité scolaire fixe pour ses écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale le nombre d'élèves envisagé pour l'inscription par priorité d'élèves qui ont suivi de l'enseignement fondamental en langue néerlandaise pendant au moins 9 ans.

Le nombre d'élèves, visé à l'alinéa premier, doit être axé sur l'acquisition ou le maintien de 15 % d'élèves dans l'école qui ont suivi de l'enseignement fondamental en langue néerlandaise pendant au moins 9 ans.

Le nombre d'élèves, visé à l'alinéa premier, peut être fixé par une autorité scolaire jusqu'aux niveaux visés à l'article 253/42 ».

B.3.1. Artikel VII.1 des angefochtenen Dekrets sieht vor, dass dieses am 1. September 2019 in Kraft tritt. Die Artikel III.46 und VI.3 sehen vor, dass die Artikel III.55, VI.18 und VI.19 auf Einschreibungen als regulärer Schüler für den Besuch des Unterrichts ab dem Schuljahr 2020-2021 Anwendung finden. Diese Bestimmungen sind nicht Gegenstand der aktuell geprüften Nichtigkeitsklagen.

B.3.2. Die Artikel 2 und 4 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 22. November 2019 « zur Abänderung verschiedener Dekrete, was die Änderung des Einschreibungsrechts betrifft » legen das Inkrafttreten von sämtlichen angefochtenen Bestimmungen im Schuljahr 2021-2022 fest. Sodann wurde ihr Inkrafttreten durch die Artikel 38 und 39 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 8. Mai 2020 « zur Festlegung von dringenden zeitweiligen Maßnahmen im Bereich des Unterrichtswesens infolge der Coronavirus-Krise » erneut abgeändert und auf das Schuljahr 2022-2023 verschoben. Schließlich sieht das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 25. Juni 2021 « zur Festlegung von dringenden zeitweiligen Maßnahmen im Bereich des Unterrichtswesens infolge der Coronavirus-Krise (VIII) » in seinen Artikel 12 und 13 vor, dass diese Maßnahmen erst für das Schuljahr 2023-2024 in Kraft treten.

B.4. Die angefochtenen Bestimmungen bezwecken im Wesentlichen, den Prozentsatz der Plätze, die vorrangig den Schülern vorbehalten sind, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, für die niederländischsprachigen Schulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt sowohl im Grundschulwesen als auch im Sekundarschulwesen von 55 auf 65 anzuheben. Außerdem führt der vorerwähnte Artikel VI.19 für dieselben Schulen einen neuen Vorrang für 15 % der im Sekundarschulwesen verfügbaren Plätze zugunsten von Schülern ein, die mindestens neun Jahre Grundschulunterricht in Niederländisch absolviert haben.

B.5.1. In Bezug auf den Grundschulunterricht werden die angefochtenen Bestimmungen gerechtfertigt wie folgt:

« Pour les écoles situées à Bruxelles, les dispositions sont les mêmes que pour les écoles situées en Flandre [...], mais, compte tenu du contexte spécifique de la région bilingue de

Bruxelles-Capitale, le décret prévoit la disposition complémentaire selon laquelle – après la priorité accordée aux enfants appartenant à la même unité de vie (‘ la fratrie ’) et aux enfants dont un parent est membre du personnel de l’école – 65 % des places prioritaires sont accordées aux élèves dont au moins un parent maîtrise suffisamment le néerlandais.

Dans le décret relatif à l’enseignement XX, un nouveau régime a été prévu en ce qui concerne la priorité accordée aux néerlandophones de la région bilingue de Bruxelles-Capitale. Cette modification visait en premier lieu à objectiver ‘ le fait d’être néerlandophone ’. D’où l’introduction de la condition relative au diplôme (ou équivalences). Nous sommes attachés à ce critère objectif. Le fait qu’un des parents détienne un diplôme en langue néerlandaise ne garantit toutefois pas que l’enfant concerné parle le néerlandais avec ce parent. Le fait qu’un des parents ait un diplôme en langue néerlandaise garantit, par contre, que ce parent a une certaine implication dans la communauté néerlandophone, qu’il pourra communiquer avec l’école dans une mesure suffisante (journal de classe, bulletins, communications de l’école, échanges de communications - etc.) et qu’il maîtrise suffisamment le néerlandais pour pouvoir aider l’enfant à faire ses devoirs. Il s’indique d’intégrer aussi ces éléments de cette manière dans le décret.

Le relèvement du pourcentage doit [renforcer] la protection de l’égalité des chances en matière d’enseignement et d’inscription pour les néerlandophones et la préservation du caractère néerlandophone de l’enseignement financé ou subventionné par la Communauté flamande dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/1, SS. 39-40).

B.5.2. In Bezug auf den Sekundarunterricht werden die angefochtenen Bestimmungen gerechtfertigt wie folgt:

« Pour l’enseignement secondaire ordinaire dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale aussi, c’est le même constat : la très grande majorité des dispositions sont les mêmes que pour l’enseignement secondaire ordinaire dans la région de langue néerlandaise, à l’exception de quelques dispositions complémentaires :

a) après la priorité accordée aux enfants appartenant à la même unité de vie et aux enfants dont un parent est membre du personnel de l’école, 65 % des places prioritaires sont accordées à des élèves dont au moins un des parents maîtrise suffisamment le néerlandais. Cette augmentation doit [renforcer] la protection de l’égalité des chances en matière d’enseignement et d’inscription pour les néerlandophones et la préservation du caractère néerlandophone de l’enseignement financé ou subventionné par la Communauté flamande dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale;

b) après la priorité mentionnée au point a), 15 % supplémentaires des places prioritaires sont accordées aux enfants qui ont suivi 9 années dans l’enseignement fondamental néerlandophone. Cette priorité doit être appliquée à partir des préinscriptions pour des inscriptions de l’année scolaire 2020-2021 au plus tard. Le législateur décretaal opte pour cette nouvelle priorité parce que cela renforce le droit d’inscription dans l’enseignement secondaire néerlandophone dans les écoles situées dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale d’élèves dont les parents ne maîtrisent pas suffisamment le néerlandais, mais qui, dès le début, ont suivi l’enseignement fondamental en langue néerlandaise;

c) en ce qui concerne les préinscriptions pour des inscriptions de l'année scolaire 2019-2020, la plate-forme locale de concertation Bruxelles-Capitale peut introduire une proposition de classement alternative auprès du Gouvernement flamand. Cette mesure transitoire doit permettre à la plate-forme locale de concertation d'adapter son système de classement complexe à la nouvelle réglementation (compte tenu des 65 % de places prioritaires accordées aux élèves ayant au moins un parent qui maîtrise suffisamment le néerlandais, des 15 % supplémentaires de places prioritaires accordées aux enfants qui ont suivi 9 années dans d'enseignement fondamental néerlandophone et des 20 % de places prioritaires accordées aux groupes sous-représentés);

d) comme pour les écoles situées dans la région de langue néerlandaise, le Gouvernement flamand peut définir des zones de capacité pour lesquelles les écoles situées dans ces zones sont tenues d'organiser une procédure de préinscription conjointe pour toutes leurs écoles et implantations. La zone d'action de la plate-forme locale de concertation Bruxelles-Capitale devient zone de capacité à partir de l'année scolaire 2019-2020 » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/1, S. 40).

B.5.3. Der Staatsrat hat ein Gutachten zu dem Dekretsentwurf abgegeben. Bezüglich der Schaffung eines zusätzlichen Vorrangs im Sekundarunterricht ist dieser der Auffassung:

« les auteurs de la proposition seraient bien avisés de justifier cette mesure de manière plus circonstanciée lors des débats parlementaires. Ils devront notamment démontrer que le critère de distinction est pertinent par rapport à l'objectif de la mesure. En outre, ils devront démontrer que cette nouvelle priorité, lue en combinaison avec la priorité déjà existante, ne conduirait pas à ce que le nombre d'élèves auxquels la priorité était accordée soit à ce point élevé que cela reviendrait pour la Communauté flamande à s'exonérer d'une part de la prise en charge des enfants qui ne parlent ni le français ni le néerlandais à la maison » (StR, Gutachten Nr. 64.586/1 vom 12. Dezember 2018, *Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/3, S. 14).

In Bezug auf die Anhebung von 55 auf 65 % der Schüler, denen der Vorrang gewährt werden kann, der zugunsten von Kindern eingeführt wird, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, gibt der Staatsrat an:

« Dans le commentaire (p. 40), l'augmentation du pourcentage n'est justifiée que de manière très générale. [...] Cette justification n'indique pas en quoi l'augmentation répond à un ' besoin réel '. À supposer que ce qui vaut pour la plate-forme locale de concertation vaille aussi pour le législateur décentral, le pourcentage des places prioritaires ne peut en outre pas être fixé à un niveau à ce point élevé que cela reviendrait pour la Communauté flamande à s'exonérer d'une part de la prise en charge des enfants qui ne parlent ni le néerlandais ni le français à la maison. Rien, dans le commentaire, n'indique que les écoles qui dépendent de la Communauté flamande seront en mesure d'accueillir suffisamment lesdits élèves. Dans un tel cas, la Communauté flamande violerait en effet le principe de la loyauté fédérale.

Les auteurs de la proposition ou le Gouvernement flamand seraient dès lors bien avisés de justifier l'augmentation de ce pourcentage de manière plus circonstanciée lors des débats

parlementaires, à la lumière de la situation et des besoins réels dans l'enseignement bruxellois » (StR, Gutachten Nr. 64.586/1 vom 12. Dezember 2018, *Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/3, S. 15).

In Bezug auf die Zulässigkeit

B.6. Die Flämische Regierung macht die teilweise Unzulässigkeit der Nichtigkeitsklagen in Bezug auf die Teile der Bestimmungen, gegen die kein tatsächlicher Beschwerdegrund gerichtet ist, geltend.

B.7.1. Der Gerichtshof bestimmt den Umfang der Nichtigkeitsklage anhand des Inhalts der Klageschrift, insbesondere auf Grundlage der Darlegung der Klagegründe. Der Gerichtshof beschränkt seine Prüfung auf die Bestimmungen, gegen die tatsächlich auch Einwände erhoben wurden.

B.7.2. Aus der Darlegung der Klagegründe geht hervor, dass die von den klagenden Parteien geäußerte Kritik ausschließlich auf den Vorrang von Schülern, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, der auf 65 % der Plätze in allen Schulebenen angehoben wurde, sowie auf die Schaffung eines neuen Vorrangs für 15 % der Plätze im Sekundarunterricht zugunsten von Schülern, die während mindestens neun Jahren am Grundschulunterricht in niederländischer Sprache teilgenommen haben, abzielt.

B.8. Der Gerichtshof beschränkt folglich seine Prüfung auf die Teile der angefochtenen Bestimmungen, die sich auf die in B.7.2 erwähnten Elemente beziehen.

Zur Hauptsache

B.9. Die klagenden Parteien machen mehrere Klagegründe geltend, die sowohl aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung als auch aus einem Verstoß gegen mehrere in Artikel 1 Nrn. 2 und 3 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erwähnte Bestimmungen abgeleitet sind.

B.10. Der Gerichtshof prüft zuerst die aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung abgeleiteten Klagegründe.

Was die aus einem Verstoß gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung abgeleiteten Klagegründe betrifft

Erster Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351

B.11. Die Regierung der Französischen Gemeinschaft leitet einen Klagegrund ab aus einem Verstoß durch die angefochtenen Bestimmungen gegen Artikel 127 § 2 der Verfassung, insofern die Adressaten des flämischen Dekretgebers die niederländischsprachigen Schüler von Brüssel und nicht die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt errichteten Einrichtungen seien, die aufgrund ihrer Tätigkeiten als ausschließlich zur Flämischen Gemeinschaft gehörend zu betrachten seien.

B.12. Artikel 127 der Verfassung bestimmt:

« § 1. Die Parlamente der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft regeln durch Dekret, jedes für seinen Bereich:

1. die kulturellen Angelegenheiten,
2. das Unterrichtswesen mit Ausnahme
 - a) der Festlegung von Beginn und Ende der Schulpflicht,
 - b) der Mindestbedingungen für die Ausstellung der Diplome,
 - c) der Pensionsregelungen,
3. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1 und 2 erwähnten Angelegenheiten.

Ein Gesetz, das mit der in Artikel 4 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, legt die unter Nummer 1 erwähnten kulturellen Angelegenheiten, die unter Nummer 3 erwähnten Formen der Zusammenarbeit sowie die näheren Regeln für den unter Nummer 3 erwähnten Abschluss von Verträgen fest.

§ 2. Diese Dekrete haben jeweils Gesetzeskraft im französischen Sprachgebiet beziehungsweise im niederländischen Sprachgebiet sowie in Bezug auf die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt errichteten Einrichtungen, die aufgrund ihrer Tätigkeiten als ausschließlich zu der einen oder der anderen Gemeinschaft gehörend zu betrachten sind ».

B.13. Wie aus dem Text der neuen Artikel 37/40 § 1 und 37/58 § 1 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 25. Februar 1997 und der neuen Artikel 295/8 § 1, 253/44 § 1 und 253/45 § 1 des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts hervorgeht und wie in den in B.5.1 und B.5.2 zitierten Vorarbeiten erläutert ist, werden mit dem Dekret vom 17. Mai 2019 die Schulbehörden angewiesen, eine Rangfolge bei der Einschreibung von im Laufe des Voreinschreibungszeitraums voreingeschriebenen Schülern einzuhalten, und werden damit die Modalitäten dafür festgelegt. Zwei dieser Vorrangsregelungen werden im Rahmen der aktuell geprüften Nichtigkeitsklagen angefochten.

B.14.1. Aufgrund von Artikel 127 § 2 der Verfassung haben die Dekrete, die den Unterricht regeln, jeweils Gesetzeskraft im französischen Sprachgebiet beziehungsweise im niederländischen Sprachgebiet sowie in Bezug auf die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt errichteten Einrichtungen, die aufgrund ihrer Tätigkeiten als ausschließlich zu der einen oder der anderen Gemeinschaft gehörend zu betrachten sind.

B.14.2. Die Schulbehörden, auf die sich das angefochtene Dekret bezieht, können im Sinne von Artikel 127 § 2 der Verfassung als « Einrichtungen », die ausschließlich zur Zuständigkeit einer Gemeinschaft gehören können, betrachtet werden. Sie fallen daher für diese Angelegenheit in die Zuständigkeit der Flämischen Gemeinschaft.

B.15. Der erste Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351 ist unbegründet.

Vierter Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351

B.16. Die Regierung der Französischen Gemeinschaft leitet einen Klagegrund ab aus einem Verstoß durch die angefochtenen Bestimmungen gegen die Artikel 30 und 127 § 1 Nr. 2 und § 2 der Verfassung und Artikel 16bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, insofern sie gegen die Freiheit des Sprachgebrauchs sowie gegen die Garantien verstießen, die Französischsprachige in den Randgemeinden genießen.

B.17. Indem sie den Vorrangsprozensatz für Schüler, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, von 55 auf 65 anheben und indem sie einen zusätzlichen Vorrang für Schüler einführen, die neun Jahre am Grundschulunterricht in Niederländisch teilgenommen haben, sind die angefochtenen Bestimmungen keine Bestimmungen, die den Sprachengebrauch regeln, sondern Bestimmungen, die das Unterrichtswesen im Sinne von Artikel 127 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der Verfassung regeln. Die angefochtenen Bestimmungen gehören folglich zum Zuständigkeitsbereich des Dekretgebers.

B.18. Artikel 16*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, eingefügt durch Artikel 9 des Sondergesetzes vom 13. Juli 2011, anschließend abgeändert durch Artikel 2 des Sondergesetzes vom 19. Juli 2012, bestimmt:

« Dekrete, Regelungen und Verwaltungsakte der Gemeinschaften und der Regionen und Handlungen, Regelungen und Verordnungen der lokalen Behörden dürfen die am 14. Oktober 2012 bestehenden Garantien, in deren Genuss die Französischsprachigen in den in Artikel 7 der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten erwähnten Gemeinden und die Niederländischsprachigen, Französischsprachigen und Deutschsprachigen in den in Artikel 8 derselben Gesetze genannten Gemeinden kommen, nicht beeinträchtigen ».

Artikel 7 der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten, abgeändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 1970, bestimmt:

« Die Gemeinden Drogenbos, Kraainem, Linkebeek, Sint-Genesius-Rode, Wemmel und Wezembeek-Oppem werden mit einer eigenen Regelung versehen.

Zwecks Anwendung der nachstehenden Bestimmungen und insbesondere der Bestimmungen des Kapitels IV gelten diese Gemeinden als Gemeinden mit Sonderregelung. Sie werden nachstehend ‘ Randgemeinden ’ genannt ».

B.19.1. In den Vorarbeiten zu Artikel 16*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 heißt es, er « soll den Randgemeinden und den Gemeinden mit Spracherleichterungen gewährleisten, dass die derzeit bestehenden Garantien uneingeschränkt aufrechterhalten werden, selbst nach der Regionalisierung des Grundlagengesetzes über die Gemeinden und des Gemeindewahlgesetzes » (*Parl. Dok.*, Senat, 2000-2001, Nr. 2-709/1, S. 21), und mit dem verwendeten Begriff « Garantien » habe der Gesetzgeber « sämtliche derzeit geltenden

Bestimmungen, die eine spezifische Regelung für die im Text erwähnten Privatpersonen organisieren, und im Allgemeinen jede Bestimmung, die zum Schutz der Privatpersonen und insbesondere der öffentlichen Mandatsträger in den Gemeinden im Sinne der Artikel 7 und 8 der koordinierten Gesetze dient » gemeint (*Parl. Dok.*, Kammer, 2000-2001, DOC 50-1280/003, S. 10; siehe auch *Parl. Dok.* Senat, 2000-2001, Nr. 2-709/7, SS. 11-12).

B.19.2. Obwohl durch Artikel 2 des Sondergesetzes vom 19 Juli 2012 « zur Abänderung von Artikel 16*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und von Artikel 5*bis* des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen » Artikel 16*bis* abgeändert wurde, indem eine « Aktualisierung » der in dieser Bestimmung enthaltenen Stillhalteklausele bis zum 14. Oktober 2012 vorgenommen wurde (*Parl. Dok.*, Senat, 2011-2012, Nr. 5-1566/1, S. 1, und Nr. 5-1563/4, S. 10), und ausdrücklich präzisiert wurde, dass diese Stillhalteklausele für die Gemeinschaften und die lokalen Behörden gilt (*Parl. Dok.*, Senat, 2011-2012, Nr. 5-1566/1, S. 3, und Nr. 5-1563/4, SS. 11 und 39), wurden damit jedoch nicht die Begünstigten der « bestehenden Garantien » geändert, nämlich seit der Annahme von Artikel 16*bis* die Privatpersonen in den Gemeinden im Sinne der Artikel 7 und 8 der koordinierten Gesetze über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten.

B.19.3. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern das angefochtene Dekret die spezifischen Garantien beeinträchtigt, die Artikel 16*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 für die Französischsprachigen in den Randgemeinden beinhaltet.

B.20. Der vierte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351 ist unbegründet.

Was die aus einem Verstoß gegen die in Artikel 1 Nrn. 2 und 3 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erwähnten Bestimmungen abgeleiteten Klagegründe betrifft

Erster Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7350 und zweiter Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351

B.21. Das Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission und die Regierung der Französischen Gemeinschaft leiten einen Klagegrund ab aus einem Verstoß durch die

angefochtenen Bestimmungen gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 4 der Verfassung. Im ersten Teil dieser Klagegründe führen die klagenden Parteien an, dass die angefochtenen Bestimmungen durch die Anhebung des Prozentsatzes der bestehenden Vorrangsregelung für Schüler, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, von 55 auf 65 zu einem ungerechtfertigten Behandlungsunterschied zwischen den Schülern führten, der auf der « Familiensprache » beruhe. Im zweiten Teil dieser Klagegründe führen sie an, dass die Einführung eines zusätzlichen Vorrangs von 15 % zugunsten von Schülern, die neun Jahre am Grundschulunterricht in Niederländisch teilgenommen haben, zu einem ungerechtfertigten Behandlungsunterschied zwischen den Schülern des Sekundarunterrichts führe.

Die Anhebung des Vorrangsprozentsatzes in Bezug auf Schüler, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch in ausreichendem Maße beherrscht

B.22. Die klagenden Parteien führen an, dass die Anhebung des Vorrangsprozentsatzes in Bezug auf Schüler, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, im Widerspruch zu den Artikeln 10, 11 und 24 § 4 der Verfassung stehe, insofern ein ungerechtfertigter Behandlungsunterschied zwischen « niederländischsprachigen Kindern und anderssprachigen Kindern » geschaffen werde.

Insoweit die klagenden Parteien auf die Sprache des Kindes Bezug nehmen, ist anzumerken, dass die angefochtenen Bestimmungen einen Vorrang auf der Grundlage des Umstands vorsehen, dass mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht.

B.23.1. Die Flämische Regierung führt an, dass der Klagegrund unzulässig sei, da der Behandlungsunterschied bereits vor dem Inkrafttreten des angefochtenen Dekrets bestanden hätte.

B.23.2. Es ist zutreffend, dass die Vorrangsregelung zugunsten von Kindern, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, durch ein früheres Dekret eingeführt wurde, das durch das angefochtene Dekret nicht abgeändert wurde. Dennoch ändert die angefochtene Bestimmung die Bedingungen, unter denen dieser Vorrang gewährt werden kann.

B.23.3. Die Einrede wird abgewiesen.

B.24.1. Um einen Behandlungsunterschied zwischen den Schülern im Hinblick auf den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung zu rechtfertigen, genügt es nicht, dass dieser Behandlungsunterschied wie im vorliegenden Fall auf objektiven Kriterien beruht; es muss darüber hinaus nachgewiesen werden, dass dieser Unterschied in der geregelten Angelegenheit hinsichtlich des von der angefochtenen Bestimmung verfolgten Ziels sachdienlich ist und dass er die Rechte von bestimmten Kategorien von Eltern und ihren Kindern nicht auf unverhältnismäßige Weise verletzt.

B.24.2. Zu diesen Rechten gehört die Wahlfreiheit der Eltern im Unterrichtswesen, die durch Artikel 24 § 1 der Verfassung gewährleistet wird. Diese Freiheit beinhaltet jedoch nicht, dass sie ein bedingungsloses Recht darauf hätten, für ihre Kinder eine Einschreibung in der Schule ihrer Wahl zu erhalten, wobei der Dekretgeber diesbezüglich über eine breite Ermessensbefugnis verfügt, um die Verschiedenartigkeit der Situationen zu berücksichtigen, in denen zuweilen gegensätzliche Interessen der betroffenen Nutzer eine Rolle spielen können und zu denen noch objektive Zwänge hinzukommen, wie im vorliegenden Fall die Aufnahmekapazität der Unterrichtsanstalten.

B.25. Wie in B.5 erwähnt, strebt der Dekretgeber mit den angefochtenen Bestimmungen an, den Schutz der Chancengleichheit im Bereich Unterricht und Einschreibung für die Schüler zu erhöhen, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, sowie die niederländischsprachige Beschaffenheit des von der Flämischen Gemeinschaft finanzierten oder subventionierten Unterrichts im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt zu stärken. Diese Ziele sind legitim.

B.26. Die angefochtene Maßnahme besteht in einer allgemeinen Anhebung der Plätze, die vorrangig an Schüler vergeben werden müssen, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, von 55 auf 65 %.

Durch die vorerwähnte Anhebung will der Dekretgeber die Anzahl an verfügbaren Plätzen für die Schüler, die für diese vorrangige Kategorie in Betracht kommen, erhöhen, sodass sich auch ihre Einschreibungschancen erhöhen.

Der Dekretgeber ist damit bestrebt, die Kontinuität und die Erfolgchancen der schulischen Laufbahn des Schülers zu fördern, aber auch die Eltern zur Fortführung der Laufbahn ihres Kindes zu ermutigen (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/1, S. 39). Außerdem will der Dekretgeber auf diese Weise auch die Entwicklung der niederländischen Sprache aller Schüler in den niederländischsprachigen Schulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt, einschließlich der Schüler, deren Familiensprache nicht Niederländisch ist, stärken.

B.27. Wie der Gerichtshof in seiner Entscheidung Nr. 7/2012 vom 18. Januar 2012 geurteilt hat, muss eine Anhebung des Vorrangsprozentsatzes für die Schüler, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, einem realen Bedarf entsprechen und es ist auch darauf zu achten, dass dieser Prozentsatz nicht derart hoch festgelegt wird, dass die zur Flämischen Gemeinschaft gehörenden Schulen nicht verpflichtet wären, einen gerechten Anteil der Kinder aufzunehmen, « deren Eltern weder Niederländisch, noch Französisch als Familiensprache haben » (Entscheidung Nr. 7/2012 vom 18. Januar 2012, B.21.5).

B.28.1. Aus den Angaben, die die Flämische Regierung auf Anfrage des Gerichtshofes vorgelegt hat, geht hervor, dass im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 im niederländischsprachigen Grundschulunterricht und Sekundarunterricht nach Einschreibung der Schüler, die für die vorrangige Regelung in Betracht kommen, die den Schülern, die der gleichen Lebensseinheit wie ein bereits eingeschriebener Schüler angehören, und den Schülern gewährt wird, bei denen ein Elternteil ein Personalmitglied ist, ein Ungleichgewicht zwischen der Anzahl der verfügbaren freien Plätze und der Anzahl der Voreinschreibungen existiert. So beläuft sich die Anzahl der verfügbaren freien Plätze für die Eingangsklasse im Grundschulunterricht für das Schuljahr 2020-2021 auf 1 683 gegenüber einer Gesamtanzahl von 2 721 Voreinschreibungen. In Bezug auf das Schuljahr 2021-2022 geht es um 1 720 verfügbare freie Plätze für die Eingangsklasse bei 2 514 Voreinschreibungen. Auch im Sekundarunterricht ist die Anzahl der Voreinschreibungen höher als die Anzahl der verfügbaren Plätze (2 253 gegenüber 1 816 für das Schuljahr 2020-2021 und 2 275 gegenüber 1 861 für das Schuljahr 2021-2022).

Zudem ist aus den gleichen Angaben ersichtlich, dass im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt der Anteil der Schüler aus Familien, in denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, 26 % im Vorschulunterricht für die

Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022, 28 % im Primarschulunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 und jeweils 38 % und 37 % im Sekundarunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 beträgt. Dieser Anteil belief sich aber im Schuljahr 1991-1992 auf 57,9 % im Vorschulunterricht, auf 72,5 % im Primarschulunterricht und auf 93,7 % im Sekundarunterricht.

Zusammengefasst ergibt sich, dass nur eine Minderheit der Schüler, die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt im niederländischsprachigen Vorschul-, Primarschul- und Sekundarunterricht eingeschrieben sind und die in Brüssel wohnen, einer Familie angehören, in der mindestens einer der Elternteile Niederländisch beherrscht. Mit der angefochtenen Maßnahme werden daher für diese Schüler die Chancen erhöht, in der Nähe ihres Wohnortes eine niederländischsprachige Schule zu finden.

B.28.2. Die Flämische Regierung stellt fest, dass sich bestimmte Lehranstalten im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt einer steigenden Nachfrage gegenüber sehen, die den Zugang von Kindern, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, zu diesen Anstalten gefährdet. So zählt man für das Schuljahr 2020-2021 8 Grundschuleinrichtungen (von insgesamt 157) und 5 Sekundarschuleinrichtungen (von insgesamt 39), in denen die Anzahl der Bewerber, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, deutlich höher ist als die Anzahl der vorrangigen Plätze.

Auch wenn die Zahlenangaben zeigen, dass im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt das Kontingent von 55 % nur in einer geringen Anzahl von Schulen des Grundschul- und Sekundarschulwesens erreicht wird und die Anzahl der Bewerber deshalb die Anzahl der freien Plätze in der vorrangigen Gruppe für Schüler, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, übersteigt, konnte die Flämische Regierung vernünftigerweise den Standpunkt vertreten, dass ein realer Bedarf bestand und dass es notwendig war, den Vorrangprozensatz für die betreffende vorrangige Gruppe für diese Schulen anzuheben.

B.29.1. In Anbetracht des breiten Ermessensspielraums, über den er verfügt, konnte der Dekretgeber es als zweckmäßig erachten, Maßnahmen anzunehmen, die seinen gesamten Unterricht im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt betreffen, anstatt es der örtlichen

Beratungsplattform Brüssel zu überlassen, die Vorrangprozentsätze für die Schüler, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, anzuheben.

B.29.2. Außerdem hängt ein in einer bestimmten Schule bestehender Mangel mit den demografischen und sozioökonomischen Daten sowie der Beliebtheit der Schule und dem Umfang und der Zusammensetzung der Bevölkerungszunahme zusammen. Jedoch variieren diese Daten sehr stark. Indem er eine einheitliche Regelung für alle niederländischsprachigen Schulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt und nicht auf Ebene einzelner Schulen vorgesehen hat, wollte der Dekretgeber vermeiden, dass die Vorrangprozentsätze regelmäßig geändert werden müssen.

B.29.3. Überdies ist es in Anbetracht des Anliegens, den Gebrauch des Niederländischen, das die Unterrichtssprache im von der Flämischen Gemeinschaft finanzierten oder subventionierten Unterrichtswesen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt ist, zu stärken, nicht unvernünftig, auf die Annahme einer allgemeinen Maßnahme zurückzugreifen.

B.30.1. Aus den Zahlenangaben, die die Flämische Gemeinschaft auf Anfrage des Gerichtshofes vorgelegt hat, kann nicht geschlossen werden, dass die zur Flämischen Gemeinschaft gehörenden Schulen nicht in der Lage wären, einen gerechten Anteil an Schülern aufzunehmen, die weder Niederländisch noch Französisch als Familiensprache haben.

Aus diesen Angaben geht nämlich hervor, dass sich der Anteil der Schüler, die weder Niederländisch noch Französisch als Familiensprache haben, im niederländischsprachigen Vorschulunterricht im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt auf 19 % für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 beläuft.

Was den niederländischsprachigen Primarschul- und Sekundarunterricht betrifft, beträgt dieser Anteil 21 % für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022.

Aus dem in B.28.1 Erwähnten geht hervor, dass der Anteil der Schüler aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil Niederländisch beherrscht, im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt 26 % im Vorschulunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022, 28 % im Primarschulunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 und jeweils 38 % und 37 % im Sekundarunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 beträgt.

Der Anteil von Familien, in denen mindestens ein Elternteil Französisch und kein Elternteil Niederländisch spricht, beläuft sich hingegen jeweils auf 54 % und 53 % im Vorschulunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022, auf 50 % im Primarschulunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022 und auf 42 % im Sekundarunterricht für die Schuljahre 2020-2021 und 2021-2022.

Wenn der Anteil der Familien, in denen man weder Niederländisch noch Französisch spricht, im niederländischsprachigen Vorschulunterricht im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt mit dem Anteil der Familien, in denen mindestens ein Elternteil Niederländisch spricht, und mit dem Anteil der Familien, in denen mindestens ein Elternteil Französisch und kein Elternteil Niederländisch spricht, verglichen wird, ist festzustellen, dass das niederländischsprachige Unterrichtswesen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt in der Lage ist, einen gerechten Anteil an Schülern aufzunehmen, die weder Niederländisch noch Französisch als Familiensprache haben.

B.30.2. Diese Schlussfolgerung wird dadurch untermauert, dass sich die angefochtene Maßnahme auf eine Vorrangsregelung und nicht auf eine Ausschlussregel bezieht. Sie verhindert nicht, dass Eltern von Schülern, die als Familiensprache weder Niederländisch noch Französisch haben, in einer niederländischsprachigen Schule im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt vorstellig werden, für die der Vorrangsprozentsatz nicht ganz erreicht ist. Wie aus B.28.2 hervorgeht, wird das bestehende Kontingent von 55 % in der Mehrheit der niederländischsprachigen Schulen im Primarschul- und Sekundarunterricht, die sich im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt befinden, nicht erreicht, sodass diese freigeblichen Plätze, die folglich im Rahmen des neuen Kontingents von 65 % mehr als 35 % der verbleibenden Plätze ausmachen, von Schülern belegt werden können, die als Familiensprache weder Niederländisch noch Französisch haben. Daher gefährdet die Anhebung des Vorrangsprozentsatzes den eigentlichen Zugang zum niederländischsprachigen Unterricht nicht. Schüler, die infolge der angefochtenen Vorrangsregelung nicht in einer bestimmten niederländischsprachigen Schule eingeschrieben werden können, die von ihrem Elternteil oder ihren Eltern vorgezogen wird, werden zudem mit Hilfe der örtlichen Beratungsplattform an eine andere niederländischsprachige Schule weiterverwiesen.

B.30.3. Das angefochtene Dekret bestätigt ebenfalls die bestehenden Vorrangsregeln für die Schüler, die der gleichen Lebenseinheit wie ein bereits eingeschriebener Schüler angehören, sowie die Vorrangsregeln für die Schüler, bei denen ein Elternteil ein Personalmitglied der Schule ist. Diese Regeln wurden vor dem Inkrafttreten der Vorrangsregel für die Schüler, bei denen mindestens ein Elternteil Niederländisch ausreichend beherrscht, angewandt.

B.30.4. Schließlich bestimmt Artikel 253/46 des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts, eingefügt durch Artikel VI.20 des Dekrets vom 17. Mai 2019, dass eine Schulbehörde des Sekundarschulwesens ab dem 1. September 2022 für die Einschreibungen für das Schuljahr 2023-2024 oder später für eine oder mehrere ihrer Schulen und für maximal 20 % der festgelegten Kapazität entscheiden kann, einer oder mehreren unterrepräsentierten Gruppen Vorrang einzuräumen. Dabei geht es um eine oder mehrere Gruppen von Schülern, die auf der Grundlage von einer oder mehreren objektiven Eigenschaften wie dem sozioökonomischen Status des Schülers oder der Entfernung bis zur Schule in der Schule gegenüber einer Bezugsbevölkerung relativ unterrepräsentiert sind.

Artikel 37/60 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 25. Februar 1997, eingefügt durch Artikel V.20 des Dekrets vom 17. Mai 2019 und ersetzt durch Artikel 18 des Dekrets vom 18. Februar 2022 « zur Abänderung des Grundschuldekrets vom 25. Februar 1997 und des Kodex des Sekundarunterrichts vom 17. Dezember 2010, was das Recht auf Einschreibung im Regelunterricht im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt betrifft », sieht die gleiche Regelung für die Schulbehörden des Primarschulunterrichts mit Wirkung zum 1. September 2022 für die Einschreibungen für das Schuljahr 2023-2024 vor.

B.31. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass der in B.22 aufgeführte Behandlungsunterschied vernünftig gerechtfertigt ist.

B.32. Insoweit sie die Anhebung des Prozentsatzes des Vorrangs, der Kindern gewährt wird, bei denen mindestens einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, von 55 auf 65 % betreffen, sind der erste Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7350 und der zweite Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351 unbegründet.

Vorrangprozentsatz für die Schüler, die mindestens neun Jahre Grundschulunterricht in Niederländisch absolviert haben

B.33. Der neue Artikel 253/45 § 1 des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts führt für die niederländischsprachigen Schulen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt einen Vorrang, der 15 % der Plätze entspricht, für Schüler ein, die mindestens neun Jahre Grundschulunterricht in Niederländisch absolviert haben. Nach Auffassung der klagenden Parteien wird so ein nicht vernünftig gerechtfertigter Behandlungsunterschied zwischen den Schülern festgelegt, je nachdem, ob sie diese Bedingung erfüllen oder nicht, und verstößt die angefochtene Bestimmung gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 4 der Verfassung.

B.34. Der Behandlungsunterschied beruht auf objektiven Kriterien, nämlich einerseits der Sprache, in der am Grundschulunterricht teilgenommen wurde, im vorliegenden Fall Niederländisch, und andererseits der Anzahl der an diesem Unterricht teilgenommenen Jahre.

B.35. Das Kriterium, nach dem für die Einschreibungen im Sekundarunterricht die Sprache berücksichtigt wird, in der am Grundschulunterricht teilgenommen wurde, ist im Lichte der vom Dekretgeber verfolgten Zielsetzung, das Recht auf Einschreibung im niederländischsprachigen Sekundarunterricht für die Schüler zu stärken, « die von Anfang an am Grundschulunterricht in Niederländisch teilgenommen haben », sachdienlich (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/1, S. 40).

Indem diesen Schülern Vorrang eingeräumt wird, stärkt der Dekretgeber die Möglichkeiten des Schulbesuchs in Niederländisch für die Schüler, deren Eltern nicht ausreichend Niederländisch beherrschen, die sich aber bewusst für den niederländischsprachigen Grundschulunterricht entschieden haben. Die angefochtene Bestimmung entspricht so der « pädagogischen Erwägung, es den Kindern, die den Unterricht in Niederländisch beginnen, zu garantieren, dass sie dort auch ihre Schullaufbahn vollenden können, wenn sie es wünschen » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/10, S. 10).

Was die niederländischsprachige Beschaffenheit des von der Flämischen Gemeinschaft organisierten Unterrichts betrifft, kann auf das verwiesen werden, was in B.29.3 dargelegt wurde.

B.36.1. Der Gerichtshof muss ferner prüfen, ob der beanstandete Behandlungsunterschied auf einem sachdienlichen Unterscheidungskriterium beruht, insofern ausschließlich den Schülern Vorrang eingeräumt wird, die mindestens neun Jahre am Grundschulunterricht in Niederländisch teilgenommen haben.

B.36.2. Der Dekretgeber kann im Lichte der von ihm verfolgten Zielsetzung vernünftigerweise die Teilnahme an einer Mindestanzahl von Grundschuljahren in Niederländisch verlangen. Indem er jedoch eine Schullaufbahn von mindestens neun Jahren im niederländischsprachigen Grundschulunterricht verlangt, berücksichtigt der Dekretgeber nicht ausreichend den Umstand, dass der Beginn der Schulpflicht durch das Gesetz vom 23. Mai 2019 « zur Abänderung des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht, um die Schulpflicht ab dem Alter von fünf Jahren einzuführen » auf das Alter von fünf Jahren festgesetzt wurde. Daraus ergibt sich, dass Eltern sich aus verschiedenen Gründen dafür entscheiden können, den Grundschulunterricht nicht vor dem Alter von 5 Jahren beginnen zu lassen, und dass Schüler, deren Eltern die bewusste Entscheidung getroffen haben, sie im niederländischsprachigen Grundschulunterricht einzuschulen, womöglich nicht neun Jahre in diesem Unterricht absolviert haben. Zum Beispiel ist dies der Fall bei Schülern, die ein Jahr überspringen.

Bei den Vorarbeiten zu dem Dekretvorschlag, der dem angefochtenen Dekret zugrunde liegt, wurden außerdem Abänderungsanträge eingereicht, um in Anbetracht dieser unterschiedlichen Situationen die Mindestdauer der angefochtenen Vorrangsregelung auf fünf Jahre im niederländischsprachigen Unterricht zu reduzieren (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1747/5, Abänderungsantrag Nr. 2, S. 3; *Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, Nr. 1747/12, Abänderungsantrag Nr. 51, S. 3). Diese Abänderungsanträge wurden jedoch abgelehnt (*Ann.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, 20. Dezember 2018, Nr. 17; *Ann.*, Flämisches Parlament, 2018-2019, 24. April 2019, Nr. 31, S. 72).

B.36.3. Die Anzahl der erforderlichen Jahre muss folglich anhand der verfolgten Zielsetzung, nämlich den Schülern, bei denen keiner der beiden Elternteile ausreichend Niederländisch beherrscht, die aber bereits einen erheblichen Teil ihrer Schulzeit im niederländischsprachigen Grundschulunterricht absolviert haben, einen Vorrang einzuräumen, ihren Unterricht in der Schule ihrer Wahl fortzusetzen, bestimmt werden.

B.37. Insofern Artikel VI.19 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 die erforderliche Dauer der Schullaufbahn im niederländischsprachigen Grundschulunterricht auf mindestens neun Jahre festlegt, um in den Genuss der in diesem Artikel erwähnten Vorrangsregelung zu kommen, verstößt er gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 4 der Verfassung. Er ist in diesem Maße für nichtig zu erklären.

Zweiter Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7350 und fünfter Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351)

B.38. Das Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission und die Regierung der Französischen Gemeinschaft leiten einen Klagegrund ab aus einem Verstoß durch die angefochtenen Bestimmungen gegen Artikel 143 der Verfassung und im Fall der Regierung der Französischen Gemeinschaft auch gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, insofern die Erhöhung des Prozentsatzes der vorrangigen Plätze, die den Schülern gewährt werden, bei denen einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, sowie die Schaffung eines zusätzlichen Vorrangs von 15 % der Plätze die Verantwortung für den Unterricht der anderssprachigen Schüler auf das französische Unterrichtswesen abwälzen würden und dadurch für die Französische Gemeinschaft und die Französische Gemeinschaftskommission die Ausübung ihrer Befugnisse übermäßig erschweren würden. Diese Feststellung verstärkte sich noch durch den Kontext einer im zweisprachigen Gebiet Brüssel erheblich zunehmenden Bevölkerung und durch eine steigende Nachfrage nach Einschreibungen in den Lehranstalten.

B.39. In seinem Erwidierungsschriftsatz vertritt das Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission die Auffassung, dass die jeweiligen Befugnisse der klagenden Parteien und der Flämischen Gemeinschaft als derart eng miteinander verbunden angesehen werden können, dass sie zumindest eine Konzertierung im Sinne von Artikel 92*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erfordern.

B.40.1. Die Flämische Regierung macht die Unzulässigkeit dieses Beschwerdegrunds geltend, insofern er einen neuen und verspäteten Klagegrund darstelle.

B.40.2. Die klagenden Parteien können die Klagegründe, wie sie von ihnen in der Klageschrift dargelegt worden sind, nicht in ihrem Erwidierungsschriftsatz abändern. Ein

Beschwerdegrund, der wie vorliegend in einem Erwidierungsschriftsatz vorgebracht wird, jedoch nicht mit dem übereinstimmt, was in der Klageschrift formuliert wurde, stellt daher auch einen neuen Klagegrund dar und ist unzulässig. Der Gerichtshof muss daher nicht prüfen, ob die angefochtenen Bestimmungen mit Artikel 92*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vereinbar sind.

B.41. Artikel 143 § 1 der Verfassung bestimmt:

«Der Föderalstaat, die Gemeinschaften, die Regionen und die Gemeinsame Gemeinschaftskommission respektieren bei der Ausübung ihrer jeweiligen Befugnisse die föderale Loyalität, um Interessenkonflikte zu vermeiden ».

Die Beachtung der föderalen Loyalität setzt voraus, dass die Föderalbehörde und die Gliedstaaten bei der Ausübung ihrer Zuständigkeiten das Gleichgewicht der föderalen Struktur insgesamt nicht stören. Die föderale Loyalität betrifft mehr als die bloße Ausübung von Zuständigkeiten; sie gibt an, in welchem Sinne dies geschehen muss.

Der Grundsatz der föderalen Loyalität in Verbindung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bedeutet, dass jeder Gesetzgeber verpflichtet ist, bei der Ausübung der eigenen Zuständigkeit darauf zu achten, dass durch sein Auftreten die Ausübung der Zuständigkeiten der anderen Gesetzgeber nicht unmöglich gemacht oder in übertriebenem Maße erschwert wird.

B.42. Durch den bloßen Umstand, dass verschiedene Behörden für das Unterrichtswesen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt zuständig sind oder dass in diesem Gebiet ein erhebliches Bevölkerungswachstum oder ein wachsender Mangel an verfügbaren Plätzen für Schüler im Primarschul- und Sekundarunterricht besteht, kann jedoch nicht abgeleitet werden, dass der Dekretgeber durch die Annahme der angefochtenen Vorrangsregeln die föderale Loyalität verletzt oder gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, der mit der Ausübung gleich welcher Zuständigkeit einhergeht, verstoßen hätte. Diese Vorrangsregeln haben nämlich nicht zur Folge, dass in diesem Gebiet verfügbare Plätze gestrichen würden. Sie dienen dazu, einen Vorrang im Zugang zu den niederländischsprachigen Lehranstalten einzuführen, aber sie beeinflussen nicht die Gesamtzahl der verfügbaren Plätze. Diese Maßnahme hat also nicht zur Folge, dass für die anderen Behörden, die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt in diesem Bereich zuständig sind, die Ausübung ihrer Zuständigkeiten unmöglich gemacht oder

übermäßig erschwert würde. Zudem hindern die angefochtenen Bestimmungen die Französische Gemeinschaft und die Französische Gemeinschaftskommission nicht daran, einen etwaigen Mangel im französischsprachigen Unterrichtswesen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt zu beheben, indem sie zusätzliche Plätze schaffen.

B.43. Die Klagegründe sind unbegründet.

Dritter Klagegrund in der Rechtssache Nr. 7351

B.44. Die Regierung der Französischen Gemeinschaft leitet einen Klagegrund ab aus einem Verstoß durch die angefochtenen Bestimmungen gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 1 der Verfassung, insofern die erforderliche Stufe B2 der Kenntnis des Niederländischen infolge der allgemeinen Anhebung des Prozentsatzes der vorrangigen Plätze, die Schülern vorbehalten sind, bei denen einer der Elternteile Niederländisch ausreichend beherrscht, nunmehr unvernünftig wäre.

B.45. Die Anhebung des vorgeschriebenen Mindestniveaus der Sprachkenntnis von zumindest einem Elternteil von der Stufe B1 auf die Stufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen wurde nicht durch die Bestimmungen des Dekrets vom 17. Mai 2019, die Gegenstand der aktuell geprüften Nichtigkeitsklagen sind, sondern durch Artikel III.13 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 25. April 2014 « über den Unterricht XXIV », der Artikel 110/5 des flämischen Kodex des Sekundarunterrichts abgeändert hat, eingeführt.

B.46. In seiner Entscheidung Nr. 19/2017 vom 16. Februar 2017 hat der Gerichtshof die Klagegründe, die aus einem Verstoß gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 1 der Verfassung durch die Erhöhung des vorgeschriebenen Mindestniveaus der Sprachkenntnis von zumindest einem Elternteil von Stufe B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen auf Stufe B2 abgeleitet waren, für unbegründet erklärt. Der Gerichtshof war der Auffassung:

« B.12.7. Die Maßnahme wäre jedoch unverhältnismäßig, wenn dadurch vorgeschrieben würde, dass zumindest einer der Elternteile nachweist, dass er Niederländisch auf einem höheren Mindestniveau als Stufe B2 beherrscht. Sie wäre ebenfalls unverhältnismäßig, wenn dieser Nachweis übermäßig schwer zu erbringen wäre, was gegebenenfalls durch den

zuständigen Richter geprüft werden muss. Unter diesem Vorbehalt beeinträchtigen die angefochtenen Bestimmungen in Bezug auf die Eltern und die Schüler, die nicht der angefochtenen Vorrangkategorie angehören, nicht auf unverhältnismäßige Weise die Rechte, die durch die in B.5 angeführten Verfassungs- und Vertragsbestimmungen gewährleistet werden ».

B.47. Durch die angefochtenen Bestimmungen werden weder das vorgeschriebene Mindestniveau der Sprachkenntnis noch die Art und Weise, wie diese Kenntnis nachgewiesen werden kann, abgeändert.

Folglich verstoßen die angefochtenen Bestimmungen nicht gegen die Artikel 10, 11 und 24 § 1 der Verfassung.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

- erklärt Artikel VI.19 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 17. Mai 2019 « zur Abänderung des Grundschuldekrets vom 25. Februar 1997, des Kodex des Sekundarunterrichts vom 17. Dezember 2010 und der Kodifizierung gewisser Bestimmungen für das Unterrichtswesen vom 28. Oktober 2016, was die Einschreibungsgebühr betrifft », insofern er den erforderlichen Zeitraum der Schullaufbahn im niederländischsprachigen Grundschulunterricht auf mindestens neun Jahre festsetzt, für nichtig;

- weist die Klagen im Übrigen zurück.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 14. Juli 2022.

Der Kanzler,

Der vors. Richter,

P.-Y. Dutilleux

J.-P. Moerman